

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Trübe Aussichten

Den lediglich um seinen Eigenmutz und seine Privatgeschäfte besorgten Kapitalisten bekümmert natürlich äußerst lebhaft die Frage, ob eine Aussicht besteht, daß wir in absehbarer Zeit aus der trostlosen Geschäftslage herauskommen und ob und wann wieder bessere Zeiten zu erwarten sind. Wenn man im vorigen Sommer zu Berlin ein Institut für Konjunkturforschung gegründet hat, und wenn es gelang, die dazu erforderlichen, nicht unbedeutenden Geldmittel flüssig zu machen, so nur deshalb, weil die Kapitalisten sich davon Vorteile für ihre private Geschäftsführung versprochen. Es ist bezeichnend, daß zum Beispiel der Berliner Börsen-Courier den Wert des Instituts darin erblickt, daß es — gleich seinen amerikanischen Vorbildern — für immer größere Kreise die Richtschnur liefern werde, nach der geschäftliche Entschlüsse gefaßt werden. Der Kapitalist will wissen, wie sich die allgemeine Geschäftslage in der nächsten Zukunft gestalten wird, damit er sich danach bei seinen geschäftlichen Maßnahmen, Einkauf und Verkauf, Beschränkung oder Erweiterung der Produktion, Preisstellung usw. richten kann. Weil er das von dem neuen Institut erhofft, deshalb ist es gegründet worden.

Bisher scheint jedoch das Institut solchen Erwartungen wenig entsprochen zu haben. Wohl hat es im Januar eine Zeitschrift über die Lage der Weltwirtschaft Ende 1925 veröffentlicht. Aber das ist es ja nicht, was der Kapitalist haben will. Er will nicht erfahren, wie es in der Vergangenheit gewesen ist, sondern wie es in der nächsten Zukunft werden wird. Selbstverständlich sagt nicht nur wissenschaftliche Überlegung, sondern schon der gesunde Menschenverstand, daß man zuverlässige Schlüsse auf die Zukunft nur aus sorgfamer Beobachtung der Vergangenheit und der Gegenwart ziehen kann. Aber dem Kapitalisten dauert das für seine Geschäftsbedürfnisse zu lange. Und so sehen wir, daß man überall versucht, auf die alte Weise, ohne den unständlichen Apparat des neuen Instituts, zu einer „Konjunkturprognose“ (schauerhaftes Wort) über es klagt so sehr, obgleich es weiter nichts bedeutet als: Voraussicht der künftigen Geschäftslage zu gelangen.

Einem solchen Versuch nicht in der Deutschen Bergwerkszeitung vom 28. März Professor G. von Tschyla. Das ist nicht der erste. Sein Name hat in der wissenschaftlichen Welt mit Recht einen guten Klang, und auch wir bestätigen gern, daß wir seinen Untersuchungen, namentlich über die Lage der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern, viel wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse verdanken. Selbstverständlich ist er ein bürgerlicher Ökonom, dem die kapitalistische Wirtschaft als unentbehrliche Grundlage aller Wirtschaft überhaupt gilt. Aber er ist beileibe keiner von denen, die ihre Aufgabe gelöst glauben, wenn sie einige Vorgänge der äußerlichen Oberfläche aufgezeigt haben. Um so bemerkenswerter ist, zu welcher trostlosen Ergebnissen dieser durchaus ernst zu nehmende Wissenschaftler gelangt.

Seit November 1923 (Schaffung der Rentenmark, Festigung des deutschen Geldwerts) — so führt er aus — ist im Jahre 1924 ein Wirtschaftsaufstieg erfolgt, der aber 1925 durch abermächtigten Niedergang abgelöst wurde. Der Aufstieg von 1924 hatte mehr äußerliche Gründe: eben den, im Vergleich zur Vorzeit, beständigeren Wert des Geldes in mehreren Ländern, so dann das Herbeiströmen amerikanischer Kredite. Dagegen liegen die Ursachen des Niedergangs von 1925 weit tiefer, nämlich darin, daß Europa — in erster Linie England und Deutschland — für die Masse der Güter, die sie zu produzieren imstande sind, auf dem Weltmarkt keinen genügenden Absatz finden. Die letzte Ursache des Konjunkturrückgangs seit Anfang 1925 erblickt Prof. v. Tschyla

in der Verschlebung des Weltwirtschaftszentrums durch den Krieg von Europa nach Übersee — Vereinigte Staaten und Japan.

Wir wollen diese Ansicht jetzt nicht kritisieren. Unsere Leser wissen, daß wir sie nicht als richtig anerkennen. Erstens ist jene „Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunktes“ nicht erst durch den Krieg herbeigeführt worden, sondern hat Jahrzehnte vor dem Krieg begonnen. Und zweitens handelt es sich nicht um eine Verschiebung von Europa auf andere kapitalistische Staaten, sondern um eine Verschiebung von der kapitalistischen Welt — namentlich die Vereinigten Staaten von Amerika mit einbezogen — auf solche Länder, die bisher nichtkapitalistischen, kolonialen Charakter trugen. Doch mag diese Meinungsverschiedenheit im Augenblick auf sich beruhen, denn die Schlussfolgerung, die sich daraus für die kapitalistische Wirtschaft ergibt, bietet dieselbe. Es ist ganz klar: wenn der Niedergang aus einer solchen weltgeschichtlichen Entwicklung herrührt, dann kann er auch in Zukunft wohl gelegentlich durch kurze Zeiten des Aufschwungs wie 1924 unterbrochen werden; aber seine Gesamtrichtung bleibt unverändert: es geht bergab, in die Tiefe, zuletzt in den Abgrund.

Und dagegen hat der kapitalistische Staat kein Mittel. Auch der hervorragende Volkswirtschaftler Prof. v. Tschyla weiß keines. Nichts anderes weiß er vorzuschlagen, als was die Kapitalisten schon fortwährend tun:

„Hauptfache bleibt, die Produktion in Einklang mit dem verminderten Absatzgebiet und der verringerten Kaufkraft der Bevölkerung zu bringen.“

Nichtswitz, römischer, Don Rodrigo, heißt die Parole der kapitalistischen Welt auf der ganzen Erde. Von „Aufbau der Wirtschaft“ redet man seit halb 8 Jahren; aber was ist das, was man wirklich tut und worin man alles noch Rettung zu finden hofft.

Aber wenn der fortgesetzte Abbau auch für das Kapital selbst nirgends sonst hinführen kann, als in das Nichts, so bedeutet er

### Nehmt euch der jungen Brüder an!

Wenn sich in der Osterzeit die Schulkollegen für viele Laufende Menschen zum letzten Male schließen, dann öffnen sich die Tore der Fabriken um so weiter, um den größten Teil der Jugend aufzunehmen. Geradezu grausam plötzlich bricht für die proletarische Jugend die Kindheit ab und beginnt das ernste Dasein der Erwachsenen. Und vielleicht nur, weil dieser plötzliche Wechsel die Jugendlichen — noch halbe Kinder — vor so viel Neues und Ungekanntes stellt, kommt ihnen in den ersten Wochen nicht so recht zum Bewußtsein, welche bedeutungsvolle Wende sich in ihrem Leben ereignet. Aber je mehr die Jugendlichen dann zum Nachdenken kommen, desto größere Schwierigkeiten sehen sie vor sich aufgetürmt, und mancher wertvolle junge Mensch ist dann schon an inneren Widersprüchen, Zweifeln und Hofflosigkeit gescheitert.

Da muß die Hilfe der erwachsenen Arbeitskollegen einsetzen! Es kann und darf dem erwachsenen Arbeiter nicht gleichgültig sein, was mit dem Lehrlingen, dem jugendlichen Arbeitsgehilfen oder der jungen Kollegin vor sich geht. Schon aus gewerkschaftlichen Gründen muß sich jeder um die Ausbildung der jungen Arbeitsbrüder kümmern. Eine tüchtige berufliche und sachliche Ausbildung des Nachwuchses erhöht die Schlagkraft der Arbeiterschaft, indem sie das Heer der Halbgelehrten und Ungelernten verringert, die bei allen Kämpfen der Arbeiter durch Verschleuderung ihrer Arbeitskraft und unsozialistischen Verhalten in den Rücken fallen. Seht also im Lehrlingen und jugendlichen Arbeiter den heranwachsenden Kampfgenossen! Sprecht mit ihm über eure Gewerkschaft und weist ihn auf die etwa bestehenden gewerkschaftlichen Einrichtungen für Jugendliche hin. Aber legt euch nur, wie mühselig ihr euch früher eure gewerkschaftliche Schulung eringen mußtet. Es ist proletarische Klassenpflicht, unserer Jugend solche Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Unendlich viel Gutes kann der einzelne erwachsene Kollege im persönlichen Umgang mit den jugendlichen Kollegen stiften. Es ist eine durchaus veraltete und unpädagogische Anschauung, daß aus den Jungen nur dann etwas wird, wenn sie genau so „hart angefaßt“ werden wie früher die Alten. Wie mancher Arbeiter ist aus dieser verkehrten Ansicht heraus im Schimpfen, Boltzen oder gar Ohrfeigen-austeilen pöhlischer als — der Meister und Fabrikant. Haltet einmal Umschau in eurer Erinnerung: Als ihr Lehrling wart, da habt ihr nun mit Abneigung mit solchen älteren Kollegen zusammengearbeitet, die sich hart und roh euch gegenüber benahmen. Aber wie still ging die Arbeit vorwärts, wenn der ältere Kollege, statt immer nur zu fluchen, auch einmal ein anerkennendes und aufmunterndes Wort für den jungen Menschen fand. Solche guten Vorbilder prägen sich der jugendlichen Seele für alle Zeiten ein. Wo zwischen den älteren und jugendlichen Arbeitskollegen eine Art Vertrauensverhältnis besteht, werden beide davon Nutzen haben: der Jugendliche wird mit größerem

Eifer lernen und in sich aufnehmen, und der ältere Kollege wird sich auf seinen jugendlichen Mitarbeiter verlassen können.

Mit ein klein wenig gutem Willen und ein wenig Liebe zur Jugend kann jeder Arbeiter dem jungen Proletarier ein wahrer Lehrer sein. Dazu ist vor allem erforderlich, daß man sich in das Denken und Fühlen des Jugendlichen versteht. Der Jugendliche kann nicht so denken und fühlen, kann nicht die Überlegung und den Weitblick haben wie der Erwachsene. Fordert darum nichts Unmögliches von den Jugendlichen und bereitet ihnen nicht unnötig Schwierigkeiten. Ist es nicht auch im Grunde häßlich, wenn erwachsene Arbeitskollegen darauf ausgehen, den jungen Dachs „gehörig hereinzuliegen“, um ihn dann hinterher hänseln zu können?

Vor allem aber sollten die erwachsenen Arbeitskollegen sich hüten, pharisäerhaft über gelegentliche Versehen, Dummheiten und Dummheitsstreiche zu urteilen. Wartet ihr alle denn in euren jungen Jahren schon solche Musterknaben, wie ihr es heute seid? Eure Jugendtage sind gewiß auch nicht nur in lauter Jugendtaten verfloßen und doch seid ihr ganze, aufrechte Menschen geworden. Hat nicht der Dichter recht, wenn er mahnend ruft:

Schmähet, schmäht mir nicht die Jugend,  
Wenn sie sich auch laut veründigt,  
Ach, wie oft hat eure Jugend  
An der Menschheit still gesündigt.

Wollen die älteren Arbeitskollegen das Wesen und das Verhalten ihrer jungen Arbeitsbrüder begreifen, so müssen sie vor allem nachforschen, in welchen häuslichen und sozialen Verhältnissen der Jugendliche lebt. Eine große Anzahl Geschwister, häufige Arbeitslosigkeit des Vaters, ungenügende Ernährung und Bekleidung, ungesunde Wohnweise sowie unzulängliche Schlafgelegenheit und Krankheiten — alles das muß notwendigerweise auf das Benehmen und die Leistungen der Jugendlichen einwirken. Das aber muß der ältere Kollege wissen, wenn er den Lehrling oder jugendlichen Arbeiter richtig einschätzen will.

Der beste Jugendbildner und Erzieher ist derjenige, dem es gelingt, dem Jugendlichen als Mensch ein Herz zuzufinden. Wir Erwachsenen sollten nicht vergessen, daß der Schulentlassene eben von der Gemeinschaft seiner Schulkameraden und Lehrer Abschied genommen hat. Da sucht der junge Mensch ein mitfühlend und verständnisvolles Herz. Wenn der ältere Arbeitskollege in diesen Tagen das Vertrauen des jugendlichen Mitarbeiters gewinnt, so ist ihm ein wichtiges Ziel gelungen. Er hat dann in einem jungen Menschenkind das Gefühl gewacht, daß sich um alle Schaffenden das Band der Zusammengehörigkeit und Brüderlichkeit schlingt. Wenn in den jungen Arbeitsbrüder das Bewußtsein lebt, daß die Proletarier, ob jung oder alt, gleichsam eine große Familie bilden, so ist der Arbeiterklasse damit ein wichtiger Dienst erwiesen.

für die Arbeiter sofortige Verbielfachung ihrer Heim-Abbau, Zusammenlegung heißt: „Mit weniger Menschen die selbe Leistung vollbringen.“ Das hat erst dieser Tage sehr richtig Herr v. Siemens auf der Generalversammlung seiner Gesellschaft gesagt. Abbau heißt: neue Arbeitermassen entlassen und die Kaufkraft der Bevölkerung abermals um ebensoviel verringern. Und wenn das geschehen, dann weiß Prof. v. Tschyla keinen anderen Rat als — wiederum die Produktion der verringerten Kaufkraft anzupassen!

So weiß der Kapitalismus keinen Ausweg mehr. Alterschwach und lebensunfähig ist er geworden. Allein der Sozialismus blüht hoffnungsvoll in die Zukunft. Wir wissen sehr gut, was zu tun ist. Wir sehen den Ausweg, den Prof. v. Tschyla wegen seines bürgerlichen Vorurteils nicht zu finden vermag. Er heißt: Weg mit dem Kapitalismus, Produktion nicht in Anpassung an den Profit, sondern in Anpassung an den Bedarf.

### Lage des Arbeitsmarktes

Der Monat März hat den Tiefstand des Beschäftigungsgrades gebracht. Einzelne Arbeitsämter melden jetzt einen wenn auch unerheblichen Rückgang der Arbeitslosen. Große Hoffnungen darf man aber an diese Entwicklung nicht knüpfen, wenn man keine Enttäuschung erleben will. Denn auf dem Arbeitsmarkt muß man mit ganz langamer Besserung rechnen.

Von Bedeutung für die weitere Entlastung des Arbeitsmarktes sind bei uns vor allem die Geldverhältnisse. Die Lage ist im allgemeinen bekannt: Wir haben einen Überfluß an Geld, das kurzfristig, nur für kürzere Zeit angeboten wird; dagegen fehlt es uns an Kapital, das man der Wirtschaft zu erträglichen Zins und für längere Zeit zur Verfügung stellt. Im ganzen Monat März war das Angebot an kurzfristigem Geld so reichlich, daß es Schwierigkeiten machte, Geld für längere Zeit überhaupt unterzubringen. Tagesgeld kostete 5 bis 6 vH, aber die Abschlässe erfolgten meist zu weit geringeren Sätzen. Die großen Geldnehmer am Geldmarkt, die öffentlichen und halböffentlichen Banken, vergüteten für größere Summen nur etwa 1 vH. Auch das Angebot an Wechseln erlassiger Firmen, sogenannter Privatdiskonten, war äußerst knapp.

Diese Entwicklung stand ohne Zweifel unter Einfluß der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 8 auf 7 vH. Die Reichsbank war zu einer Ermäßigung des Diskontsatzes gezwungen, wenn sie überhaupt, angesichts des reichlichen Angebots auf dem Geldmarkt, die Führung behalten wollte. Gelder haben die Privatbanken die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts wieder einmal in der gewöhnlichen Weise mitgemacht, indem sie die Soll- und Habenzinsen gleichmäßig um 1 vH heruntersetzten, wodurch die alte Spanne von 8 bezw. 7,4 vH geblieben ist. Die Auswucherung der Geldnehmer geht also im gleichen Umfang weiter und es tritt die Tatsache ein, daß man bei unseren Banken für Leihgeld drei mal soviel an Zinsen zu zahlen hat, als man für Guthaben bekommt. Das ist eine Be-

lastung, die unerträglich ist und die zweifellos ein Hindernis für die Entspannung des Arbeitsmarktes darstellt.

Die Wirtschaftsentwicklung selbst hat sich nach den Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes und des Konjunkturforschungsinstituts durchaus einheitlich vollzogen. So ist zum Beispiel die Kohlenförderung im Ruhrgebiet gestiegen, während die Koks-gewinnung gleichgeblieben ist. Die Warentransporte der Reichsbahn einschl. der Staat- und Güterfernverkehrs haben dagegen, wie Anfang März, weiter zugenommen. Auf dem Rhein ist der Verkehr jedoch bei kaum veränderter Gesamtmenge still. Die Kohlenabfuhr an der Ruhr hat bei günstigem Wasserstand zugenommen, die Erz-einfuhr über Emmerich aber nachgelassen.

Im einzelnen ist dazu zahlermäßig folgendes zu bemerken: Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet stellte sich in der Woche vom 8. bis zum 13. März auf 321 800 Tonnen gegenüber 310 400 Tonnen in der ersten Märzwoche und 340 800 Tonnen in der dritten Februarwoche. Die Bodenschichtmittelförderung im Jahre 1913 betrug 378 800 Tonnen. Die Koks-gewinnung ist sich mit 57 100 Tonnen in der Woche vom 8. bis 13. März gegenüber den Vorwochen ungefähr gleich geblieben. Im Jahre 1913 betrug sie im Wochen-durchschnitt 68 400 Tonnen. Die Wagenstellung der Reichsbahn, im Jahre 1913 arbeits-tätig 133 500 Wagen, steigerte sich von 109 800 Wagen in der ersten Märzwoche auf 110 400 Wagen in der zweiten Märzwoche.

Auf dem Arbeitsmarkt selbst vermochte die Belebung der Saison-gewerbe die schlechte Gesamt-lage nicht zu bessern. Der Baumarkt hat sich immer noch nicht recht erholt. Weiterhin verschlechterte sich die Lage im gesamten Steinkohlenbergbau und in der Hüttenindustrie, während die Bergbauindustrie, das Bergwerks- und Steinbruchgewerbe, der Braunkohlenbergbau und zum Teil auch das Verbielfältigungsgewerbe eine Besserung aufweist. Keine Besserung ist zu verzeichnen in der Textil-, Holz-, (außer Sägewerken), Leder- und Papier-industrie. Nach den Ermittlungen der Gewerkschaften aller Richtungen stellte sich die eingetretene unwesentliche Entspannung des Arbeitsmarktes wie folgt dar:

	Arbeitslose (vH der Mitglieder der Verbände)	Werkarbeiter (vH der Mitglieder der Verbände)
Januar 1924	26,5	20,4
Februar 1924	25,1	14,8
November 1924	7,8	6,4
Dezember 1924	8,1	5,6
Februar 1925	7,8	4,5
November 1925	10,7	15,5
Dezember 1925	19,4	19,1
Januar 1926	22,6	22,6
Februar 1926	22,0	21,6

Demnach trat im Monat Februar in den für alle Arbeiter-schaften geltenden Zahlen ein Rückgang ein, der sich im März, wenn auch in beschränktem Umfange, fortsetzen dürfte.



### Mahnung an die Gewerkschaften

#### Hinter den Kulissen der Londoner Ministerkonferenz

Vor einigen Tagen hat der Direktor des Arbeitsamtes, Mr. E. L. Thomas, zu Genf einer Anzahl von Gewerkschaften einen Bericht über die Londoner Konferenz gegeben. Nachdem Direktor Thomas über die Ergebnisse gesprochen, sagte er, die in London vertretenen Staaten seien eine Verpflichtung, das Washingtoner Abkommen an einem bestimmten Zeitpunkt anzunehmen, nicht eingegangen, doch könne nach der Londoner Vereinbarung keiner der fünf Staaten das Abkommen nun noch ablehnen.

Ganz so sicher möchten wir uns indessen nicht ausdrücken. Die Londoner Vereinbarung dürfte erst dann eine Sicherheit für die Annahme des Abkommens durch alle fünf Staaten bieten, wenn deren Gewerkschaften es nicht an dem nötigen Druck auf ihre Regierungen fehlen lassen. Dies zu betonen, bestimmen uns einige Vorfälle auf der Londoner Zusammenkunft. Nach den Äußerungen der Hauptteilnehmer möchte es allerdings scheinen, als ob in London alles glatt gegangen und allseitige Einigung erzielt worden sei. Doch es nicht so gewesen ist, kann man einem Aufsatz entnehmen, den wir in der Information Sociale vom 25. März finden. In dieser vorzüglichen gewerkschaftspolitischen Wochenschrift, deren Leiter Charles Dulos ist, wird auf Grund des Berichtes von einem, der sein Material offenbar in nächster Nähe sammelte, wiederholt hervorgehoben, daß der Erfolg der Londoner Konferenz mehr darin liegt, daß sie einen Zusammenbruch der Unterhandlungen verhindert habe. Man solle sich aber nicht zuviel Illusionen machen. Wenn Deutschland und England schließlich nachgegeben hätten, so nicht unbedingt ohne Hintergedanken. Es sei schwierig, zu glauben, daß die gefährliche Auseinandersetzung (von London) nicht eines schönen Tages wieder ansetzen werde. Immerhin, heißt es in dem Pariser Blatt weiter:

Die Konferenz von London ist nicht gescheitert, und das ist ein wichtiges Ergebnis. Man kann sie vom Standpunkt der internationalen Arbeitsgesetzgebung als einen negativen Erfolg ansehen in dem Sinne, daß ein Zusammenbruch verhindert wurde.

In seinem drei Spalten langen Bericht gibt das Pariser Blatt die verschiedenen Streitpunkte der Konferenz wieder, wovon der gefährlichste der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens gewesen sei. Hier wäre es um Quaretsbreite zum Bruch gekommen. (Dieser Artikel bestimmt bekanntlich, daß das Abkommen nur außer Kraft zu setzen ist im Falle eines Krieges oder bei schweren außenpolitischen Ereignissen.) Gegen diesen Artikel habe sich der deutsche Arbeitsminister gewendet, der die Außerkräftsetzung auch bei Wirtschaftskrisen, Hungersnöten und ähnlichen Ereignissen verlangt habe. Da sich Dr. Brauns auf seinen Standpunkt verließ, habe der englische Minister vorgeschlagen, im gegebenen Falle das Haager Schiedsgericht über die Außerkräftsetzung entscheiden zu lassen. Als man nach vielem Hin und Her auch über diese Schwierigkeit hinweggekommen zu sein glaubte, hätte es einen Heftigeren gegeben: Der englische Arbeitsminister sei von der Wildbläse verwirrt worden, wahrscheinlich, um sich beim Ministerpräsidenten Baldwin Rat und Beistand zu holen. Nach langem Hängen und Bangen sei er wieder aufgetaucht mit der Erklärung, die Auslegung (auf die sich die anderen vier Minister mit Ach und Krach geeinigt hatten) betriebe die englische Regierung nicht, sondern sie bestrebe darauf, daß die Auslegung dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werde.

Darob Verblüffung. Die anderen Vertreter sahen sich erkaunt an. In der letzten Minute also bemühte sich der britische Minister, die erreichten Ergebnisse zu sabotieren. Er versuchte es nicht nur mit hinauschiebenden Maßnahmen, sondern widersprach sich selbst.

Die Schwächlinge des englischen Ministers hätten, nach dem Pariser Berichterstatter, nur den Zweck gehabt, die Verantwortung für das Mißlingen der Konferenz von sich abzuwälzen, bloß um sich einen Vorwand zum Nichthalten seiner Versprechen zu schaffen und die englischen Gewerkschaften glauben zu machen, daß die selbständigen Staaten an dem Zusammenbruch der Konferenz, der Verletzung für den gesetzlichen Lichtpunkt gleich seien. Das habe der französische Minister denn auch, höchst zwar, aber doch deutlich genug, vor der Konferenz festgestellt. Daraufhin sei die Sitzung vertagt worden. Ihre Wiedereröffnung habe dann zur Tragödie die Komödie gefügt. Es habe ein Zwiegespräch zwischen dem englischen Minister und dem Direktor des Arbeitsamtes über internationales Recht gegeben, worauf Sir Arthur Steel-Kelton seine Erklärungen, die er ein paar Stunden vorher abgegeben, vergessen und eine lange Erklärung gehalten habe über die Klugheit, das Wohlwollen und Verständnis der — deutschen Vertretung — Bemühung, Großbritanniens Freunde zu bereiten.

Etwas das Pariser Gewerkschaftsblatt. Wir können keine Darstellung nicht in ihren Einzelheiten nachprüfen, doch spricht vieles für ihre Wahrscheinlichkeit. Der langen Darstellung kurzer Sinn schmeißt zu sein: Es haben sich in London zwei Seiten bemüht, das Washingtoner Abkommen so auszulegen, daß es für die Arbeiterklasse nicht viel Wert mehr hat, wenn aber diese Bemühung nicht gelingen sollte, nach der Ergebnislosigkeit, dem Aufhören der Konferenz zu streben. Gleichzeitig trachteten, von wegen der dabei gegebenen Versprechen, die beiden Seiten danach, die Verantwortung für die geringe oder schließlich gänzliche Ergebnislosigkeit der Konferenz der anderen Seite zuzuschreiben. Da der einen der beiden Seiten durch Entgegenkommen der Konferenzgewerkschaft der Hauptgrund des Scheiterns genommen, blieb die englische Seite als die „gemächliche“ allein auf dem Randortfeld zurück. Da dieser Seite die Last der Verantwortung denn doch zu schwer dünkte, kündete sie, ganz Kieme zum verpackten Spiel machend, halb ein, daß sie sich mit ihrem „Erfolg“ zufriedener gibt oder ihre Bemühung wieder aufnimmt, was die Zukunft lehrt.

Die Vorgänge in London sollen den Gewerkschaften der Länder zur Mahnung dienen, in ihrer Hochmütigkeit nicht nachzulassen. Andererseits ist zu betonen, daß es auch trotz der Londoner Vereinbarung noch immer nicht zur allseitigen gegenseitigen Verwirklichung des Washingtoner Abkommens kommt oder daß es in einer bis zur Verwirklichung durchgeführten Form Geß wird.

### Der Streit in der Elektrizitätswirtschaft

Zwei Neuerwerbungen des preussischen Staates für die Ausbeutung seiner Elektrizitätswirtschaft, der Erwerb der Braunkohlebergwerksgesellschaft „Zukunft“ und der Ankauf des Kraftwerkes von Siemens in Hamburg, der jetzt den Namen Nordwestdeutsche Kraftwerke trägt, haben zu heftigen Angriffen gegen Preußens Vorgehen Anlaß. Ihm wird vorgeworfen, die Mittelmehrheit zu übermäßig und unbegründet hohen Preisen erworben zu haben, und im Falle der ersten Erwerbung wird noch Klage darüber geführt, daß Preußen unbilligerweise in das Versorgungsgebiet des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätskongerns (RWE) eingedrungen ist. Hinter diesen Vorwürfen und der Verteidigung Preußens verbirgt sich ein heftiger Interessengegensatz; an dem das Reich, die Länder, die Kommunen und Kommunalverbände, die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen und die Privatindustrie beteiligt sind. Gegenwärtig haben alle diese Seiten an der Elektrizitätswirtschaft Anteil: das Reich vor allem durch die Elektrowerke-R.G., die sich auf die mitteldeutsche Braunkohle stützt, die Länder, an der Spitze Preußen, das im nordwestdeutschen Wirtschaftsgebiet eine Anzahl Großkraftwerke besitzt oder Beteiligungen an solchen hat und die Gebiete rechts und links der Weser wie auch die Küstengebiete mit Strom versorgt (Preußens Erzeugung betrug 1925 etwa 330 Millionen KW-Stunden). Neben Preußen auch andere Länder, von denen Bayern und Baden auch die Wasserkraft weitgehend ausnützen. Unter den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen neben Privatkapital Kommunalverbände beteiligt sind, stehen an erster Stelle die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, die den nieder-rheinisch-westfälischen Industriegebiet, den Mittelrhein und die Rheinpfalz mit Strom versorgen und im Jahre 1925 etwa 1100 Millionen KW-Stunden geliefert haben; schließlich die Gemeinden, die über mehrere Tausend selbständige Kraftzeugungsanlagen verfügen.

Der Streit geht nun darum, wer die Führung der Elektrizitätswirtschaft übernehmen soll. Die Zukunftsmöglichkeiten der deutschen Elektrizitätswirtschaft sind außerordentlich groß. Im vergangenen Jahre wurden etwa 9 bis 10 Milliarden KW-Stunden erzeugt gegenüber etwa 60 Milliarden in den Vereinigten Staaten. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Deutschland nur 162 KW-Stunden gegenüber 493 in Norwegen, 415 in den Vereinigten Staaten, 400 in der Schweiz, 364 in Schweden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft nur durch Großkraftwerke, welche eine Massenproduktion und die gleichmäßige Abnahme des Stroms ermöglichen, erfolgen kann. Aus diesem Grunde können die Tausende von kommunalen Kraftwerken nur als Kleiberbe für die Mehrzahl der Bevölkerung dienen, sonst müssen sie den Großkraftwerken eingeordnet werden. Dies ist zwar weitgehend geschehen, doch genießen die Kommunen, sofern sie staatlichen Fernstrom beziehen, das Recht zur Bestimmung des Strompreises.

Es gibt keinen Industriezweig, der sich für eine zentrale Wirtschaftsführung so eignen würde, wie die Elektrizitätswirtschaft. Soll sie aus irgend einem Grunde nicht als staatliches Monopol verwaltet werden, so ist mindestens ein sehr weitgehendes staatliches Kontrollrecht unbedingt zu fordern. Nur dieses vermag eine einheitliche Versorgung unter Vermeidung von Zersplitterungen und einen angemessenen Strompreis, der die Erweiterung des Verbrauches anzuregen vermag, zu sichern. Gegen diese Bestrebung richtet sich aber der Widerstand der Privatindustrie und ihrer Presse. Sie hätte zwar Vorteil davon, doch möchte sie sich grundsätzlich allem widerlegen, was an eine Sozialisierung erinnert, aus Angst, daß der Sozialisierung auf diesem Gebiete weitere Eingriffe in das Privateigentum folgen könnten.

Schwieriger ist die Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern, die in die Frage ausmündet, wer von diesen Trägern der Elektrizitätswirtschaft sein soll. Säure an sich das Reich hierfür sehr geeignet, so würde durch die tatsächliche Entwicklung in den verschiedenen Ländern die Frage bereits anders beantwortet, indem die Länder ihre Kraftversorgung bereits weitgehend ausgebaut haben. Deshalb ist es verständlich, wenn Preußen sich durch den Erwerb der Braunkohlebergwerke durch die Elektrowerke (zusammen mit den RWE) beunruhigt fühlt. Gegen die Elektrizitätswirtschaft der Länder wird geltend gemacht, daß die Elektrizitätsversorgung heute über die Landesgrenzen hinausgeht. Dieser Tatsache kann in der Tat nur durch Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ländern begegnet werden, was dies bereits des öfteren mit Erfolg geschehen. Für keinen Fall kann man jedoch aus dieser Tatsache etwa die Überlegenheit der Privatindustrie oder der gemischtwirtschaftlichen Betriebe bei der Kraftversorgung ableiten. Daher muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß auch dieser für die Entwicklung der Wirtschaft so wichtige Industriezweig der privaten Wirtschaft überantwortet werde.

### Der Reallohn 1925 und 1914

Der Ortsausschuß des ADGB in Düsseldorf hat an Hand von Zahlen der statistischen Monatsberichte der Stadt und gestützt auf von Fachleuten gemachte Feststellungen eine Untersuchung über den Reallohn in Düsseldorf 1925 und 1914 angestellt, wobei er zu merkwürdigen Ergebnissen gelangt:

Kramer	Stundenlohn 1914	Stundenlohn 1925
Kramer	61 Pf.	0,92 Mk.
Straßenbahner	43	0,81
Lithographen	84	1,86

Der Arbeiter arbeitete	1914	1925
für 1 Paar Straßenschuhe	16 Std. 25 Min.	21 Std. 30 Min.
1 Arbeitstiefel	11	20
1 Arbeitshemd	3	15
1 mittl. Konfektionsanzug	57	20
1 Arbeitshose	6	36
1 Paar wollene Strümpfe	2	—

Der Straßenbahner arbeitete	1914	1925
für 1 Paar Straßenschuhe	23 Std. 15 Min.	24 Std. 40 Min.
1 Arbeitstiefel	16	15
1 Arbeitshemd	4	40
1 mittl. Konfektionsanzug	81	40
1 Arbeitshose	9	15
1 Paar wollene Strümpfe	2	45

Vergleichen oder bloßschiller lassen. Doch ist hierbei zu beachten, daß das Innere des Behälters genügend lange Zeit der Einwirkung des Dampfes ausgesetzt ist, damit der realgebende Dampf gründliche Arbeit zu leisten imstande ist. Die Sicherheitsmaßnahme ist nun wieder vielfach deshalb nicht durchführbar, da Dampf nicht zur Verfügung steht.

Die häufig anzutreffende Ansicht, daß bei offenen Gefäßverbindungen (Ergänzlöhler oder dergleichen) ein Druckausgleich zwischen Ergänzungsdruck und äußeren Luftdruck eintritt, ohne daß das Gefäß dabei zerplatzt wird, ist irrig. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die verhältnismäßig kleinen Gefäßöffnungen nicht ausreichen, um die ihnen zugehörige Bindung zu erfüllen.

Es ergibt sich somit, daß bei jeder angesetzten Verbindung zur Verbindung von Ergänzungen beim Warmbearbeiten gebrauchter Benzinschlösser Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen sind. Die Sicherheitsmaßnahmen bestehen wie vorstehend gesagt darin, daß es nicht gelangt auf praktische Weise die in den Behältern befindlichen brennenden Rückstände entfernt zu werden.

Es ist nun der Behälter nachfolgend, ein Verfahren zu suchen und anzuwenden, das geeignet ist, die explosiven Rückstände in den Behältern während der Warmbearbeitung, soweit als irgend möglich der Einwirkung der Flamme bzw. der Hitze zu entziehen. Die deutschen Eisen- und Stahlwerke haben aus dieser Erwägung heraus in den Schweißgasbehältern vom 1. Januar 1923 eine Bestimmung aufgenommen, die lautet, daß die Gefäße während der Schweißarbeiten soweit als möglich mit Wasser angefüllt zu halten sind. Die gefüllten Behälter während der Bearbeitung damit vollständig mit Wasser gefüllt zu halten, daß Ergänzungen und Ungleichheiten nicht mehr vorzukommen können, wird in einfacher und einfacher Weise erzielt durch Anwendung einer Armatur, die von der Firma Raffinierwerk Sondern in Halle a. Saale hergestellt wird. Der Betriebsinhaber hat, durch Ungleichheiten bei Reparaturen an Benzinschlössern

	1914	1925
Der Lithograph arbeitete		
für 1 Paar Straßenschuhe	11 Std. 25 Min.	14 Std. 50 Min.
1 Arbeitstiefel	8	20
1 Arbeitshemd	2	20
1 mittl. Konfektionsanzug	41	40
1 Arbeitshose	4	45
1 Paar wollene Strümpfe	1	80

Die Unternehmer behaupten, daß die Löhne den Realwert der Friedenszeit erreicht hätten. Diese Zusammenstellung, die zweifellos das Richtige trifft und von jedem jederzeit nachgeprüft werden kann, beweist das Gegenteil. Die deutschen Arbeiterlöhne können noch eine ziemlich erhebliche Erhöhung erfahren, ehe sie an die Reallohn von 1914 heranreichen.

### Protektur am Wert

Auf dem Weltmarkt haben sich, ausgehend von Amerika, die Protekturbepreise ganz bedeutend gesenkt. Die Ursachen dafür sind in den günstigen Berichten über den Erntestand zu suchen. Im Gegensatz zum Weltmarkt melden die deutschen Börsen aber ein Steigen der Getreidepreise. So kosteten

Welsen	Roggen (die Lohne in Mark)	Gerste
Anfang Februar	241—245	149—156
Mitte März	261—268	156—160
Ende März	267—271	160—170

Auf unseren Märkten tritt, wie die Bewegung der Getreidepreise zeigt, die Auswirkung jener Bestrebungen zutage, die auf eine Protekturverteilung hinführen; insbesondere kommt jener Plan in Frage, der darauf hinführt, den Roggenpreis zu erhöhen. Nachdem der Sachverständigenrat des Reichstags seine Genehmigung erteilt hat, 30 Millionen Mark zur Stützung der Roggenpreise (Roggenverteilung) zu verwenden, hält die Landwirtschaft, die sogenannte erste Hand, stark mit dem Angebot von Protektur zurück. Das ist ein ganz natürliche Erscheinung, da die Erzeuger mit starken Preiserhöhungen auch in Zukunft rechnen. Die Verbraucher aber, die heute schon das Brot teurer bezahlen als im Frieden, werden für die bloße Ernährung ein größeren Teil ihres Lohnaufkommens dazu benützen müssen, um die bloße Ernährung sicherzustellen.

Damit sind aber die Pläne unserer Großhändler noch lange nicht erledigt. Man kann heute schon sagen, daß hinter den Protektionsplänen das Bestreben der Agrarier steht, zu einem Einfluß in Monopol für Brotgetreide zu kommen. Gelingt es, diese Monopol zu schaffen, dann ist es den Agrariern möglich, die Verbraucher bis aufs Blut auszunutzen. Die Gefahr für die deutschen Konsumenten, insbesondere für die deutsche Arbeiterklasse liegt auf der Hand. Sie ist eine Gefahr, die auch unsern Wirtschaftslern ganz allgemein tiefe Wunden schlagen muß; denn mit der Protektur des Brotes verlieren sich unsere Warenpreise, was eine Protektur unserer Warenausfuhr und eine Verschlechterung unserer Arbeitsmarktes bedeutet.

### Versteuerte Betriebsstilllegung und Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder

Grundlegendes Urteil des Reichsgerichts vom 16. Februar 1928

(Nachdruck verboten.) Dem Korrespondenten für Auslandsverkehr und Betriebsratsmitglied G. der Firma R. in C. bei Hannover wurde Mitte Mai 1924 von dem größten Teil der Arbeiter und Angestellten zum 30. Juni gekündigt mit der Begründung, daß eine Stilllegung des Betriebs beabsichtigt werde. Die Zustimmung des Betriebsrats ist nicht eingeholt worden. Deshalb und weil nach seiner Ansicht eine Betriebsstilllegung weder beabsichtigt noch erfolgt sei, begehrt G. die Fortzahlung seines Gehalts von monatlich 230 A. bis die Zeit vom 1. Juli 1924 bis zur Erlangung einer neuen Stellung. Das Landgericht Hannover wies die Klage ab, das Oberlandesgericht Celle erkannte nur einen Anspruch auf Gehaltszahlung bis Ende Juni 1925 an, während das Reichsgericht die Befragte in vollem Umfang verurteilte. Belangvoll sind die folgenden Entscheidungsgründe der höchsten Instanz:

Der Arbeitgeber ist nach § 96 Betriebsratsgesetz bei Stilllegung eines Mitglieds der Betriebsvertretung von der Zustimmung der letzteren entbunden, wenn er seinen Betrieb stilllegt und infolgedessen Betriebsratsmitglieder entläßt und entlassen muß. Von einer Betriebsstilllegung nach Sinn und Geist des Gesetzes kann aber nur dann die Rede sein, wenn diese ihren Grund und ihre Rechtfertigung darin findet, daß der Unternehmer die Erzeugung von Sachwerten für einen wirtschaftlich nicht unerhebliche Zeitspanne einstellt und damit die Erreichung des Betriebs- und Gemeinschaftszweckes unmöglich macht. Unter die Ausnahmefälle kann es aber schlechterdings nicht fallen, wenn der Unternehmer sämtliche Arbeiter entläßt, um nach wenigen Tagen den Betrieb mit einem Teil der bisherigen Arbeiter oder mit anderen wieder aufzunehmen. Damit wäre der Umgehung des Gesetzes Tor und Tür geöffnet und in den rechtlich und sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmer gegen willkürliche Abänderungen eine sachlich nicht gerechtfertigte Bresche geschlagen. Eine derartige Verletzung des Arbeitgebers und Sittensstellung der Interessen der wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer hat der Arbeitgeber sicher nicht gewollt. Im gegebenen Falle kann von einer Betriebsstilllegung im Rechtsinne nicht die Rede sein, sondern nur von einer Betriebsunterbrechung, einer die Aufhebung des Abänderungsschutzes nicht rechtfertigenden Arbeitspause. Möglich ist, daß die vorzeitige schnelle Wiedereröffnung eines Betriebes infolge einer nicht vorhergesehenen plötzlichen Änderung der Verhältnisse erfolgt. Das kommt aber vorliegend nicht in Betracht. Es war von vornherein nur eine vorübergehende Stilllegung des Betriebes auf etwa acht Tage beabsichtigt, es war der Versuch, die berechtigten Umstellungsmaßnahmen zur Vermeidung aller, insbesondere der aus dem Betriebsratsgesetz sich ergebenden Schwierigkeiten und zur Wahrung billiger Handlungsfreiheit der Firma in das Gewand einer Stilllegung zu kleiden. (R.G. III 425/25.)

in seinem eigenen Betriebe veranlaßt, die Armatur erfunden und praktisch erprobt. Die erzielten Erfolge mit der Armatur bzw. dem Verfahren sind voll befriedigend.

Die Armatur besteht aus zwei Hauptteilen, der Füllvorrichtung und der Verschlußvorrichtung mit dem Druckausgleichsrohr. Der Wasserzuleitungsfluß wird an einen vorhandenen Wasserleitungsfluß angeschlossen und solange Wasser in das Gefäß einfließen lassen, bis es voll ist und auf dem aus der Abfließleitung der Füllarmatur ausfließenden Überschußwasser keine Fettsäuren mehr vorhanden sind. Das ausfließende Überschußwasser mit noch vorhandenen Benzinstreifen darf nicht in Senkgruben, Schloßentwässerungen, Abwassergräben und dergleichen abgelassen werden, damit sich dort Benzindämpfe nicht an sammeln und sich an Schweißpunkten, an wassergefüllten brennenden Argonmetallen oder sonstigen glühenden Stellen entzünden können. Man fängt das Wasser in einem Behälter (Eimer usw.) auf und schüttet es auf den flachen Erdboden.

Aus dem Druckausgleichsrohr wird während des Schweißvorganges ein Teil des Wassers herausgedrückt infolge seiner Volumenzunahme, die durch die Erwärmung und Verdampfung eines Teils des Wassers eintritt.

Die Versuche haben gezeigt, daß es heute möglich ist, gebrauchte Benzinschlösser und dergleichen mit Hilfe des überall leicht zu habenden Wasser als Schweißmittel ohne Gefahr schweißen zu können. Das Verfahren bedeutet einen ausgedehnten Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitssicherheit. Im Vergleich zu der erzielten Sicherheit und Schweißleistung ist der durch Anwendung des Verfahrens bedingte Mehraufwand an Schweißgasen (Sauerstoff, Acetylen) belanglos. Er beträgt rund 50 % von der normalen Bedarfsmenge. Die aufschon Menge an Schweißgasen wird benötigt zum Anwärmen und teilweisen Abdampfen der Wassermenge, die die Schweißstelle umgibt.

Am Schlusse sei noch auf eine beachtenswerte Beobachtung hingewiesen, die bei derartigen Fehlplosionen immer wieder gemacht

### Warmbearbeiten von explosionsfähigen Behältern

#### Ein außerordentliches Versehen bei Kesselarbeiten

Beim Warmbearbeiten von Behältern, die Dampf, Dampf, Petroleum und sonstige brennbare Flüssigkeiten enthalten haben, wird in vielen Fällen das reparaturwürdige Gefäß durch Verdampfen und Explosion der an den Gefäßwänden anhaftenden Rückstände zerstört. Ist bei einer heftigen Explosion der ganze Behälter mit der höchsten Heftigkeit des Behälters abgedrückt, so kann man immer noch von Glück im Unglück reden. In den meisten Fällen ist ein Behälter ein gefährliches Gefäß, indem nach Betriebsunterbrechungen zerfallen werden aber gar zu oft mit der Reparatur beauftragte Personen schwere Verletzungen erleiden oder der Tod erlitten.

Einige Beispiele sind bei der Bearbeitung mit Schweißflamme und Schneiden mit der besten möglichsten Vorsicht zu behandeln. Die vielfach angewendete Methode, die Behälter vorher mit Wasser bis zum Überlaufen zu füllen und anzuschließen, ist meist unzulänglich, um aus dem Behälter explosive Dämpfe zu verhindern, aber nicht geeignet, vorhandene Rückstände an den Gefäßwänden loszuwerden. Das gilt jedoch für warmes wie für kaltes Wasser. Die Dampfentwicklung und Dampf sind im Wasser löslich und bleiben an den Gefäßwänden haften, wenn das Wasser aus dem Gefäß wieder abgelassen wird. Die Rückstände an den Gefäßwänden durch ein Lösungsmittel zu entfernen, ist ebenfalls nicht empfehlenswert, weil bei in Betracht kommende Lösungsmittel — Benzol — selbst eine außerordentlich gefährliche Flüssigkeit ist.

Obwohl die meisten Behälter mit Wasser gefüllt sind, ist es doch ein außerordentliches Versehen, wenn es sich herausstellt, explosive Gase enthalten, das heißt also, wie ein Kessel, ein Behälter oder Rohrwerkzeug von explosiven Gasen und Flüssigkeiten (Benzin, Öl, etc.) nicht gefüllt sein kann. Als Beispiel kann hier ein Kessel aus Eisen dienen, der







Erwerbslosenunterstützung bei freiwilliger Aufgabe der Arbeit

Nach § 13 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 ist die Erwerbslosenunterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich freiwillig, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen...

Was unter einem angemessenen, ortsüblichen Lohn zu verstehen ist, sagt die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge nicht. Der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. Behfeld, sagt in seinem Kommentar zur Erwerbslosenfürsorge-Verordnung...

Wiederholt ist es zum Beispiel vorgekommen, daß die Fabrikanten einen Zeitlohn in einem Arbeitslohn umgewandelt haben mit dem Ergebnis, daß der Lohn erheblich unter dem alten Zeitlohn lag...

Diese unklare Rechtslage in der Erwerbslosenfürsorge stand im Widerspruch zu den klaren Vorschriften des § 41 des Arbeitsnachweisgesetzes, in dem vorgezeichnet ist, daß der öffentliche Arbeitsnachweis, wenn ein Tarifvertrag besteht, nur dann eine Vermittlung vornehmen darf...

Einige Entscheidungen und Veröffentlichungen der letzten Zeit haben die Rechtslage etwas geklärt:

In Beyerungen und Steinheim, zwei Orten im Bereiche des Kreisarbeitsnachweises Höxter, stellen einige Möbelfabriken ihren Betrieb ein. Die von der Stilllegung betroffenen Arbeiter bezogen Erwerbslosenunterstützung. Nach kurzer Zeit nahmen die genannten Fabriken ihren Betrieb in beschränktem Umfang wieder auf...

Die Arbeiter haben die öffentlichen Arbeitsnachweise in allen Fällen, in denen ein Tarifvertrag besteht, als angemessenen ortsüblichen Lohn im Sinne des § 13 Abs. 1 der Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 - Reichsgesetzblatt I S. 127 - den Tariflohn anzusehen...

Der Herr hat das Reichsarbeitsministerium immer auf dem Standpunkt gehalten, daß es keinen Arbeitnehmer auf längere Zeit hin gegenwärtig geben kann, nach welcher Arbeit anzunehmen, wenn sie ihm weniger verdient als er als Arbeitsloser an Unterstützung beziehen würde...

Wenn also ein Arbeitgeber weniger verdient, als er Erwerbslosenunterstützung erhalten würde und wenn keine Aussicht auf Änderung dieses Zustandes besteht, so darf er die Arbeit freiwillig aufgeben. Er muß, weil er vor Eintritt der Arbeitslosigkeit Arbeitgeber geblieben ist, ohne Wartezeit aufgenommen werden (§ 9 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge).

Arbeiter, die in diese Lage geraten, sei anzurufen, ihrem Antrage auf Bewilligung der Erwerbslosenunterstützung eine Lohnbestätigung und eine Mitteilung des Arbeitgebers, daß das Ende der Arbeitszeit nicht abzusehen ist, beizufügen. Dadurch beschleunigen sie die Erzielung des Antrages.

Altersversicherung im Verband?

Die folgende Anregung, die aus dem einen oder anderen Blickpunkt, behandelt eine Frage, die einer gründlichen Erörterung wert ist. Die nachstehende Mitteilung, die jetzt in noch nie gekanntem Maße nicht nur durch Deutschland geht, sondern fast alle Länder der Erde erreicht hat, ist die Forderung in unserer Zeit, aufzufordern...

usw.), vor allem durch die Einführung der Fleißarbeit mehr als ausgeglichen. Die Leistungen der Betriebe werden bis 300 vH und noch mehr erhöht, so daß sich oft ein Personalabbau bis zu 75 vH erforderlich macht. Die Abnahmefähigkeiten für die gesteigerte Produktion sind aber heute noch derartig gering, daß das Arbeitslosensystem sich in absehbarer Zeit kaum verringern dürfte.

Bei jedem Personalabbau wird in „lokalen Weise“ die soziale Lage des zur Entlassung kommenden in Betracht gezogen und berücksichtigt, soweit die Wirtschaftlichkeit des Betriebes nicht darunter leidet! Was dieser „Gummil“ für Möglichkeiten der Rechtfertigung jeder Entlassung in sich birgt, davon weiß wohl jede Betriebsverwaltung ein Vieles zu sagen. Also entläßt man trotz aller Einsprüche und Klagen fast immer die jüngsten und ältesten Kollegen...

Die Öffnung manches alten Kollegen, vor den Augen der Unternehmer Gnade oder gar Anerkennung für jahrzehntelange Loyalität zu ernten, erfüllt sich nicht. Rückwärtslos werden auch diese Kollegen mit auf die Straße geworfen. Sie stehen dann vor der Frage: Was nun? Sind die Kollegen über 65 Jahre alt, dann erhalten sie ja Sozialversicherungsrente. Das ist die beste Hilfe, die man ihnen gewähren kann...

Aber noch andere Probleme könnten damit gelöst werden. Es würde zunächst einmal der Mitgliebertausch eingebremst. Für Wirtschaftskrisen und große Streiks sind dann immer die erforderlichen Geldmittel flüssig, so daß die Organisation, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage, immer über genügende Reserven verfügt.

„Fürstentum und Marxismus“ In der Bergwerks-Zeitung nehmen die Mitarbeiter überhand, die dem Arizona Rider sicherlich hochwillkommen sein werden. Zur Bekämpfung dieser Lasten wollen wir heute einige Sätze aus einem Aufsatz über Fürstentum und Marxismus wiedergeben, den das Effener Unternehmerrblatt am Vorabend des 1. April, des Tages der Schere, bringt. Es heißt da gleich am Anfang: Der Ausfall des Vollertrages hat wieder einmal enttäuscht, wie schwer traut das deutsche Volk noch immer die 12 1/2 Millionen haben sich im Volle der Dichter und Denker gefunden, die nach einer Art des Raubes, nach einer brutalen Vergeßlichkeit des Rechts begehren... Es ist hohlgewöhnliche Gesinnung, die da jutage tritt.

Es ist auch tatsächlich zum Aus-der-Sicht-Jahren! Wenn die 12 1/2 Millionen nicht fruchtbar geworden, sondern Dichter und Denker geblieben wären - wie früher, wo man sie als Schlachtwiehe veräußerte, würden und brandstifteten würde - dann hätten die Fürsten die 2 1/2 Milliarden dem Volle unbeschäftigt aufhocken können. Recht unheimlich spricht der Arizona-Rider-Mann der Bergwerks-Zeitung von den Inflationsspenden. Man höre ihn: „Folgt man nicht haben sich die Opfer der Inflation gezeigt... Was haben in aller Welt die Fürsten mit der Inflation zu schaffen? Für die Inflation sind doch neben den Siegermächten... gerade die durch die Revolution zur Macht gelangten Kreise verantwortlich, die jetzt die Fürstentum betreiben...“

Der Schreiber des Effener Blattes scheint überhaupt nicht mehr in Deutschland sondern längst weit hinten in der amerikanischen Einöde zu leben, andernfalls wüßte er, warum die Inflationsspenden so zahlreich das Volk begehren unterzeichnet haben und daß die für die Inflation verantwortlichen Kreise, nämlich die Schwerindustrie mit ihren als Regierung auftretenden Vertrauensmänner-Kollegium von Industrie und Wirtschaft, ja gar keine „Fürstentum“ treiben, sondern eher den Willkürherrscher am deutschen Volle nicht ungerne sehen. Daß der wilde Bürger von Arizona aber auch herzenserfüllt ist, beweist er durch folgende Worte: „Sei sich durch Teilnahme am Volkseigentum für die Inflationsspenden rufen will, verständig sich an unerschuldigen Leidensgenossen und unterläßt die Schuldigen und seine schlimmsten Feinde.“

„Mit den unerschuldigen Leidensgenossen“ meint der wild-einseitige Mann die deutschen Fürsten, diese armen Schuldner, die, wie alle Welt weiß, ihre selbstverdienten Millionen als die ersten auf den Altar des Vaterlandes opfern, als es aus tausend Banden blühte, und die nun, weil sie alles geopfert, das bittere Brot des Auslandes essen, sich jagen und mit den langen Hälften der Erwerbslosenunterstützung deckeln müssen. Diese armen Patrioten gar erdrücken wollen, das sei ein rechter Vortrefflich!

„Mit solchen Kreisläufen, handelt der Arizona-Mann in gerechter Enttäuschung, muß aber endlich Schluss gemacht werden... Es ist höchste Zeit, daß endlich die spießige Schlafmützigkeit überwunden wird...“ Die spießige Schlafmützigkeit überwinden! Das kann böse ausfallen. Die „armer“ Opfer der Inflation werden vor Mittel mit den unerschuldigen Leidensgenossen von Fürsten gegeben, wenn ihnen begreiflich gemacht wird, daß man den Allerhöchsten Herrschaften Dankende von Schlüssen und Grundbesitz von Millionen lassen müsse, wenn man sie nicht noch schlechter stellen wollte als die Inflationsspenden und Arbeitslosen. Dann wird keiner von den Unterzeichneten des Vollertrages noch zum Volkseigentum gehen, die Arbeitslosen werden für ihre jährlichen Leidensgenossen eine Wissenstandlung vornehmen zum Dank für ihre Dienste am Vaterlande und an ihren Unterleuten, wenn sie in hochherziger Weise zur freien Überfahrt nach den amerikanischen Schlafmützigern verhalten. Und dem Arizona-Mann der Bergwerks-Zeitung, dem Urheber des Schamungsantrages, wird eine Rasse gepöbel werden, und zwar eine, wie sie am 1. April üblich ist.

Gasfälligkeit deutscher Unternehmer

In der Arbeiterzeit liegen gewaltige geistige und sittliche Kräfte, die sich lange unterdrücken mußten, jetzt zu machen wissen. Die Erziehung der amerikanischen Arbeiter wäre lange nicht in dem ungeschicklichen Umfang möglich gewesen, hätten sich zahlreiche Fabrikanten nicht angelegen sein lassen, die freiwillige Mitarbeit ihrer Leute in der Werkstatt zu gewinnen. Wenn amerikanischen Gewerbe oder Werkstätten ihren Ertrag am meisten steigern, denen die Öffnung der in der Werkstatt liegenden Kraftquelle am besten gelang. Davon hängt etwas in die Gassenfirmen Bergwerks-K.G. gelangen zu sein, denn ihre Betriebszeit vom 1. März 1926 enthält folgenden Hinweis: „Anruf zur Mitarbeit“

Die Betriebsleitung gibt bekannt, daß überall grüne Köpfe aufgestellt werden sind. Wenn irgendein Beschäftigter einigermassen schenken hat, der geeignet erscheint, die Arbeit zu erleichtern, wer einen Vorschlag machen kann, die Güte der Erzeugnisse zu verbessern, die Sauberkeit des Werkes zu heben - der soll dieses zu Papier bringen und in die Ausschusslisten werfen.

Besonders wichtige Vorschläge können auch dem Dipl.-Ing. Agte persönlich vorgebracht werden. Gesteigerte Mehrarbeit ohne Mehranerkennung und erhöhte Löhne sollen der Dank für diese Mitarbeit sein...!

Nein, nicht wahr, dieser Aufruf zur Mitarbeit! Aus ihm spricht eine Einfältigkeit, die nur deutschen Unternehmern eigen ist. Jeder andere Unternehmer sagt sich: Wenn ich von meinen Leuten erwarte, daß sie mir Vorschläge machen, um den Ertrag meines Geschäfts zu steigern, um meinen Gewinn zu erhöhen, dann muß ich ihnen dafür auch etwas bieten, schon um sie anzuspornen, ganz abgesehen davon, daß ich als wohlhabender Fabrikbesitzer und ehrlicher Mann nicht von armen Teufeln verlangen kann, daß sie mein Einkommen steigern helfen, ohne auch ihres aufzugeben. - So spricht ein anständiger Fabrikant und tüchtiger Kapitalist. Nicht so sprechen eben deutsche Fabrikanten und Kapitalisten. Sie mögen sich dabei recht pfiffig vornehmen, sind im Grunde aber doch recht einfältig. Sie setzen bei ihren Arbeitern noch eine Gutmütigkeit voraus, die, gottlob, zu schwinden begonnen hat. Daß dieses begriffswerten Wandels wird die Einfalt, die sich in dem obigen Aufruf offenbart, lange auf noch größere Einfalt warten können.

Wenn in den Vereinigten Staaten eine Firma mit einer Einladung wie die oben angeführte kommt, macht mit ihr die Belegschaft einen Vertrag, worin sich diese bestimmte Rechte und einen bestimmten Anteil an der Gewinnsteigerung verbürgt. Besonders auf die Steigerung ihres Einkommens legt die Belegschaft in der Regel den höchsten Wert. Erst dann, wenn dergleichen von der Firma sicher zu gestanden, leisten die Arbeiter der Einladung Folge, nicht ohne die höchstens dummdächtige Grünhändler geben, ohne sicher zu sein, daß sie dafür etwas erhalten. Daß unsere deutschen Kollegen es ebenso machen, halten wir für selbstverständlich.

Es regnet wieder Dividenden. Es gibt noch zahlreiche Unternehmungen, die keine Dividenden verteilen, sei es aus Gründen der Rückstellung oder sonst was. Aber eine ganze Reihe wartet mit netten Säcken auf. Wir bringen nachstehend eine kleine Zusammenstellung der letzten Zeit, wobei wir nur die Abschlüsse von mehr als 10 vH Dividende erwähnen:

Table with 2 columns: Company Name and Dividend Percentage. Includes entries like Mechanische Weberei Linden (15 vH), Jakob Rabene Söhne (12 vH), Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt (15 vH), etc.

Die Aktionäre vorgenannter Gesellschaften, deren Risse noch wesentlich vermehrt werden könnten, haben zu Klagen keinen Anlaß. Ob dies bei den Arbeitern der Fall ist, wird fraglich sein.

Schriftenbau

L'Organisation Syndicale des Métallurgistes en Belgique. Im Verlag der Centrale des Métallurgistes, Brüssel, 17, rue Joseph Stuyens. 304 Seiten. Eine Geschichte der Metallarbeiterbewegung Belgiens, die Eugène Peeters geschrieben und Joseph Bona mit einem Vorwort versehen hat. Der erste Teil schildert den Ursprung der Bewegung, ihren Aufstieg, die Gründung des Zentralverbandes und seine Tätigkeit bis zum Friedensschluß. Der zweite Teil befaßt sich mit der Entfaltung des Verbandes seit dem Waffenstillstand, der dritte Teil behandelt die großen sozialen Probleme, die dem Verbande gestellt, und die Art, wie er sie zu lösen versucht hat. Beim Lesen der Kapitel über den Währungsfrage, den Familienzuschlag (Soziallohn), das Mitbestimmungsrecht im Betrieb, die Stückarbeit usw. wird man immer wieder gewahrt, wie gleichartig nicht nur die gewerkschaftlichen Probleme in den verschiedenen Ländern, sondern auch, wie gleichartig die Einwände der Unternehmer gegen jeden sozialen Fortschritt sind. Dem zweiten Teil sind Tafeln über die zahlenmäßige und finanzielle Entwicklung des Verbandes und seiner verschiedenen Leistungen beigegeben, so daß man daraus ein treffliches Bild bekommt von der Bechäftigkeit unseres belgischen Bruderverbandes, der bekanntlich zu den bestgeführten der Eisernen Internationalen zählt. Warenberechnungs- oder Kalkulationstabellen. Von Max Lauffer. Verlag Gustav Weigel, Leipzig, Kreuzstraße 14. - Ein Büchlein, das wohl für Fabrikanten und Kaufleute bestimmt ist, kann auch dem Betriebsrat bei Nachkalkulationen dienlich sein.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart. Mit Sonntag dem 11. April ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. April 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 3 columns: Verwaltung, Beitragssätze (I, II, III, IV), and Beginn der Beitragszahlung. Includes entries for Altenburg (20, 15, 10, 5) and Stuttgart (18, 15, 10, 5).

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Östlich: Die Arbeiterin Frieda Hiller, geb. am 22. Dezember 1904 zu Hohenwisch, Mitgliedsbuch Nr. 5,913,781, wegen Schädigung der Verbandsinteressen; die Arbeiterin Marta Hiller, geb. am 18. Oktober 1901 zu Hohenwisch, Mitgliedsbuch Nr. 5,913,784, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Verwaltungen, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstätten durch die Reisenden hat zu unterbleiben. Stuttgart, Körbstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Karoffelarbeitern aller Branchen nach Stuttgart St. u. K. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; R. = Aufregung; M. = Mißstände; A. = Auslieferung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Verband eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Dank und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Körbstraße 16